



konsequenter Umweltschutz, solide Finanzpolitik

Wir können Erkrath

Wir leben in einer Zeit knapper Güter und krisenhafter Entwicklungen. Das zeigt sich auf so verschiedenen Feldern wie der wirtschaftlichen Lage, im Klimawandel und in der Bildung. Die Folgen drücken sich vielfältig aus, auch in unserer Stadt, beispielsweise durch soziale Entwurzelung oder Vandalismus.

Auf der anderen Seite gibt es aber in Erkrath Menschen, die sich ehrenamtlich und unternehmerisch einsetzen und Erkrath mit Ideen und Enthusiasmus fördern. Viele davon haben sich in der *BmU* zusammen gefunden, die Abkürzung steht für Bürger mit Umweltverantwortung.

Diese unabhängige Wählergemeinschaft vereint Erfahrung mit Strategie. So kann die *BmU* Prioritäten setzen. Gerade in Zeiten knapper Mittel!

Die erste Priorität ist der Bürgerwille. Wir kümmern uns. Sei es eine illegale Mülldeponie, eine ungepflegte öffentliche Treppenanlage, ein defektes Spielgerät, ein zusätzlicher Fußgängerüberweg, Tempo 30.

Die zweite Priorität hat die Strategie zur Gestaltung und Sicherung der Zukunft Erkraths: Im Mittelpunkt des unabhängigen Programms der *BmU* für Erkrath steht unser

Stadtentwicklungskonzept Erkrath 2020



Unser Konzept Erkrath 2020 beantwortet unter anderem die Fragen:

Wie machen wir Erkrath noch lebens- und liebenswerter?
Wie finanzieren wir Erkrath in Zukunft?
Wie meistern wir die Änderung der Altersstruktur?
Wie reagieren wir auf den Einwohnerrückgang?
Wie schaffen wir ein Klima für Gemeinsinn?
Müssen noch weitere Bauflächen ausgewiesen werden?
Für wen bauen wir?
Warum bauen wir hier an einer bestimmten Stelle? Existieren Alternativen?
Wann sind bestimmte Baumassnahmen sinnvoll? Jetzt oder in der nächsten Generation?
Welche Folgen hat dies für die Natur und die bereits vorhandenen Wohngebiete?
Wie sieht die Kosten-Nutzen-Analyse langfristig aus?

Erkrath, Stadt der Nachbarschaften.

Erkrath, Stadt aller Generationen.

Das ist das Leitbild der *BmU*.

Statt Wachstum in der Menge setzen wir auf ein Mehr an Qualität!
Wir konzentrieren uns auf die Pflege und Entwicklung der vorhandenen Substanz: die Stadtteile von Erkrath. Die Qualität des Wohnens muss in den eigenen vier Wänden steigen. Und vor der eigenen Haustür. Zieht nach Erkrath! Eure Nachbarn sind schon da!
Erkrath wird zur besseren Alternative gegenüber einer Ansiedlung auf der grünen Wiese und der Großstadt.



Die Faktoren: ein inspirierendes Vereinsleben, eine lebendige Unternehmerschaft, eine attraktive Bildungsinfrastruktur, ein guter ÖPNV, natürliche Naherholungsräume sowie gepflegte Verkehrs- und Grünanlagen.

Unsere Maßnahmen und Vorschläge dafür sind umsetzbar, einige sogar sofort!

- Für jeden Stadtteil muss es einen festen Ansprechpartner bei der Stadtverwaltung, den so genannten Stadtteillotsen, geben.
- Es wird vermehrt Stadtteilversammlungen in den Stadtteilen geben.
- Stadtteilschulen und Stadtteilpaten sollen die Viertel in ihrem jeweils eigenen, unverwechselbaren Charakter aufwerten.
- Vor eine Bebauungsplanung in größerem Umfang auf der grünen Wiese gehört eine fiskalische Wirkungsanalyse (von CDU/FDP immer abgelehnt).

So behalten Immobilien trotz allgemeiner Bevölkerungsabnahme ihren Wert.

Weitere, ausführliche Informationen finden Sie im Internet unter www.bmu-erkrath.de .
Klicken Sie den Menüpunkt **Stadtentwicklungskonzept Erkrath 2020** an

Wer ohne Konzept plant und baut, schadet in unverantwortlicher Weise unserer Stadt.

Daher lehnt die *BmU* die Bebauungspläne der **Neanderhöhe, Kleines Bruchhaus, Neanderbogen, Eickenberg, Kemperdick** usw. ab und fordert, die Bebauungsplanänderungsverfahren einzustellen. So lange, bis ein stimmiges Stadtentwicklungskonzept vorliegt.

Gemeinsam mit den Bürgern wollen wir bewiesen, dass unsere Forderungen berechtigt sind und auf fruchtbaren Boden stoßen. Erfolge spornen uns an. Das beste Beispiel ist Bruchhausen. Es sollte Gewerbegebiet werden und ist heute Naturschutzgebiet. Bernhard Osterwind hat in der ersten Stunde für die Schaffung dieses Naturschutzgebietes gekämpft – und gewonnen.



Die *BmU* hat Vorschläge zum **Klimaschutz** entwickelt, die ebenfalls Bestandteil des Stadtentwicklungskonzeptes sind.

Darüber hinaus unterstützen wir folgenden Antrag der UWG-ME, dem Kreisverband der unabhängigen Wählergemeinschaften:
Für alle Städte des Kreises Mettmann soll eine Potenzialanalyse aufzeigen, welche Möglichkeiten vor Ort bestehen, regenerative Energien selbst zu erzeugen, wie die Nutzung von Erdwärme oder von Solarenergie. Das würde sich auch positiv auf die Erneuerung der Bausubstanz in Erkrath auswirken, zumal umfangreiche finanzielle Fördermöglichkeiten genutzt werden könnten!

Stärkung des Ehrenamts, Erkrathkarte

Erkrath ist angewiesen auf das Ehrenamt. In Zeiten knapper Kassen müssen Aufgaben die die Stadt nicht mehr leisten kann, von Mitbürgern erledigt werden, welche daran Spaß haben und denen das Allgemeinwohl am Herzen liegt. Aufgabe der Verwaltung wird es sein, die ehrenamtlichen Initiativen zu unterstützen - auch finanziell - und zu koordinieren.

Unsere Idee dazu ist die Erkrathkarte.

Sie ist die **Erkrathdividende für die Erkrathinvestition**.

Erkrathinvestition

Unter Erkrathinvestition verstehen wir alle freiwilligen Maßnahmen, die dazu beitragen, die Gegenwart und Zukunft Erkraths lebenswerter zu machen:

Im Mittelpunkt steht das Ehrenamt, organisiert oder unorganisiert. Z.B. Freiwillige Feuerwehrleute, ehrenamtlich engagierte Sportler in der Sportplatzpflege, Kirchen in ihrem Dienst am Nächsten oder Paten für Grünflächen und Spielplätze. leisten. Wer keine Zeit hat und sich dennoch einbringen will, kann in Erkrath investieren, indem er einen finanziellen Beitrag leistet. Das soll helfen, die belasteten Altschulden, sie betragen derzeit ca. 1000 Euro pro Kopf, abzutragen

Erkrathdividende

Jeder, der einen tatkräftigen oder finanziellen Beitrag leistet, soll durch die Erkrathkarte eine kleine „Dividende“ als Anerkennung für seine Arbeit bekommen.

Das ist keine „Bezahlung“ für das Ehrenamt, sie ist Respekt, Anerkennung und „Danke schön“ aller Erkrather.

Die Erkrathkarte ist ein Jahr gültig und nicht übertragbar. Der Inhaber der Karte erhält Nachlässe in öffentlichen und privaten Einrichtungen, wie Schwimmbad, VHS oder Theater. Selbstverständlich können auch örtliche Geschäfte besondere Rabatte für die Erkrath-Karte gewähren.

Die *BmU* bekennt sich mit Stolz zum Ehrenamt und baut unterstützende Strukturen auf. Es muss ein positives Klima entstehen, damit das Ehrenamt zum Nutzen unserer Stadt gedeihen kann. Ausgaben der Stadt sollen zu ehrenamtlichen Tätigkeiten motivieren. Auf diese Weise entsteht ein Hebeleffekt: durch Unterstützung einer Initiative mit einer verhältnismäßig kleinen Sachleistung kann Enthusiasmus gefördert werden, der einen personellen Einsatz nach sich zieht, der einem Vielfachen des Sachwertes der Ausgabe entspricht.

Wie man das Ehrenamt nicht fördert zeigt exemplarisch die „seltsame Initiative der CDU“ (Rheinische Post 15.01.2005), durch welche die evgl. Kirchengemeinde als stimmberechtigtes Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss „gekickt“ wurde.

Im Februar 2005 hat sich der Initiativkreis Stadtmarketing aufgelöst, da der CDU-Vorsitzende in der Neujahrsrede den ehrenamtlich arbeitenden Initiativkreis als SPD-Wahlkampfveranstaltung bezeichnet hat. Die CDU spaltet - und benutzt dafür ihre Rathausmehrheit.

Auch, dass die CDU willkürlich entscheidet, welche Bürgerinnen und Bürgern vor Stadtrat oder Fachausschuss ihr Anliegen vortragen dürfen, spaltet und enttäuscht.

Die Rheinische Post schreibt im Kommentar am 25.11.05:

„Unerfreulich und stillos ist das Verhalten der CDU im Ausschuss“

Da muss mit einer deutlichen Stärkung der *BmU* und mit Bürgermeister Bernhard Osterwind ein neuer Anfang bei der Kommunalwahl am 30. August 2009 gemacht werden.

Familienhilfe von Anfang an

Die BmU will ein inhaltliches, personelles und finanzielles Konzept zur Verhinderung frühkindlicher Entwicklungsverzögerung und Verstärkung der Erziehungsberatung.

Das ist bitter notwendig.

In einem Erkrather Kindergarten wurde bei der 2. Kindergartenuntersuchung unter anderem festgestellt, dass

A) 60% der Kinder nicht den normalen Entwicklungsstand erreicht haben und gleichzeitig Sprachprobleme aufweisen

B) 50% der Kinder kein Kreuz nachmalen können

C) über 50% zwischen rund und eckig nicht unterscheiden können

D) nur ein Kind in dieser Gruppe keine Sprachförderung über Delphin 4 benötigt.

Das Protokoll hält dazu fest: "Das Ergebnis ist ernüchternd, kommt aber nicht überraschend."

Ursache ist die zunehmende Überforderung vieler Eltern in der kindgerechten Zuwendung vor dem Kindergartenalter, vor allem im ersten bis dritten Lebensjahr. (so vielschichtig die Gründe dafür auch immer sind).

Handlungsbedarf ergibt sich nicht nur, um menschlicher Not vorzubeugen. Die Förderung der frühkindlichen Entwicklung ist auch eine Investition, die sich gerade in den Kommunen vielfach auszahlen wird.

Mit dem so genannten "**Babybegrüßungspaket**", hat der Rat einen ersten wichtigen Schritt getan. Hier soll Vorbeuge geleistet werden, da Spätfolgen nur mit hohem Aufwand begegnet werden kann. Wenn überhaupt.

Das Babybegrüßungspaket wurde von der BmU angeregt und ist kleiner Teil eines Gesamtkonzeptes. Wir stellen aber auch in Frage, ob eine 1/2 Stelle für das Babybegrüßungspaket bei ca. 350 Geburten im Jahr ausreicht. Das ist der derzeitige Stand der Dinge.

Stattdessen sollten bereits während der Schwangerschaft Hilfen möglich sein. Hierbei sind oft sprachliche und kulturelle Hürden zu überwinden.

Unser Ziel ist, dass Hilfsangebote diskriminierungsfrei selbst diejenigen erreichen,

- die die Notwendigkeit der Hilfe nicht erkennen
- denen diese Hilfsmöglichkeit unbekannt ist
- oder nicht in der Lage sind, diese einzufordern.

Ärzte, Hebammen, Religionsgemeinschaften und Freie Träger können vernetzt Hilfe leisten. Darüber hinaus ist auch eine Koordination mit den örtlichen Schulen angestrebt. So sollen z.B. im Rahmen des Sexualkundeunterrichtes auch Kenntnisse über frühkindliche Entwicklungsbedingungen vermittelt werden

Die Erfahrungen der Förderschulen des Kreises zum sozialen Umfeld und anderer Programme gilt es ebenfalls einzubeziehen.

Auch kann der Kreis darauf einwirken, derartige Programme an lokalen Kliniken mit den kommunalen Hilfsangeboten zu vernetzen.

Ein weiteres Ziel ist die Erhöhung der Integration durch Erhöhung des Alphabetisierungsgrades in den Herkunftsfamilien.

Zusätzlich wurden eklatante motorische Defizite bei einem Teil der Erkrather Kindergartenkinder festgestellt. Daher fordern wir geeignete Spielmöglichkeiten für Kleinkinder im wohnnahen Raum mit entsprechenden Aufenthaltsmöglichkeiten für die Mütter. Außerdem die Einbindung von Sportvereinen und die Förderung von "Mutter-Kind-Turnen".

Im Kindergartenbereich wollen wir klären, ob über „Lott jonn“, das Rucksackprojekt und die Sprachförderungsmaßnahmen hinaus personelle Verstärkungen notwendig sind. Und wir finden heraus, ob es stärkere sozialpädagogische Hilfen wie den Ausbau von mehr Kindergärten zu Familienzentren geben muss.

Den Kindergärten und Grundschulen müssen ausreichende Mittel zur pädagogischen Förderung und fürs Spielen zur Verfügung gestellt werden.

Im weiteren Verlauf der schulischen Entwicklung nimmt der Bedarf an Erziehungsberatung zu. Auch hier gilt es, die Angebote bekannt zu machen und die Hemmschwelle zu senken, sie in Anspruch zu nehmen.

Elternbriefe, Familienwegweiser und Familienmesse sind Maßnahmen, die von der *BmU* in die Überlegungen eingebracht werden.

Inhalt eines Erkrather Familienwegweisers könnte sein: Eltern werden / Eltern sein (wie im Babybegrüßungspaket); Angebote für Kinder und Jugendliche; Beratungs- und Hilfsangebote; Gesundheit und Soziales; Bildung; Freizeit; Sport; Vereine; Kultur; Familien in besonderen Lebenslagen (Integration von Migrantinnen, Hilfen bei Behinderung, Hilfen zur Erziehung); finanzielle Hilfen; Ermäßigungen / Erkrather Familienpass, Erkrathkarte.

Die *BmU* will drei Dinge anstoßen:

- 1. Dass das Problem genau erkannt und präzise definiert wird**
- 2. Dass verknüpfende Strukturen zu dessen Bekämpfung gefunden werden.**
- 3. Dass ein strukturiertes Konzept entwickelt wird.**

Erkrath hat in den letzten Jahren die **Kleinkinderbetreuung** durch Tagesmütter oder –väter und die Kindertagesstätten nach den Vorgaben des Landesgesetzes KiBiZ ausgebaut und unterstützt die Einrichtung von insgesamt acht Familienzentren.

Allerdings ist es auch nötig, dass der genaue Bedarf der jungen Familien seitens der Stadt abgefragt wird: Punkte sind qualifizierte Betreuungsmöglichkeiten und allgemeiner Verbesserungsbedarf. Das muss in Angriff genommen werden.

Jugend und Bildung: Investition in den Ganzttag

In der *BmU*-Fraktion finden sich Experten auch aus den verschiedensten Schulformen: Berufsschule, Realschule, Gesamtschule, Gymnasium.

Alle Schulformen (Berufsschulen sind in Kreisträgerschaft) werden in Erkrath bald auch als Ganztagsangebot existieren. Für die Gymnasien ist das die richtige Antwort auf das G8 Modell der Landesregierung von CDU/FDP, da es ohnehin an zwei Tagen der Woche Ganztagsunterricht erzwingt.

Die Schulen müssen aber auch die Mittel bekommen, um diesen **Ganzttag** inhaltlich pädagogisch sinnvoll zu füllen. Dazu gehört auch die Unterstützung durch das Jugendamt, damit soziale Kompetenzen gestärkt werden - zum Beispiel, um Mobbing oder Gewalt entgegenzuwirken. Da gibt es auch jetzt schon eine gute Arbeit. Der finanzielle Aufwand für Lehr- und Lernmittel muss den Preissteigerungen der letzten Jahrzehnte und dem Ganztagsbetrieb angepasst werden.

Auf Antrag der *BmU* wurde die **Stadtschulpflegschaft** in Erkrath gegründet, in der sich die Elternvertretungen der Schulen zu einer Zusammenarbeit zusammenfinden können. Die *BmU* will, wie vom ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club) angeregt, dass die Grundschulen nachbarschaftsbezogene Schulwegepläne entwickeln. Ziel sind **Schulwegepläne von Kindern für Kinder**, der beispielsweise sichere Schul- und Radwege im Stadtviertel aufzeigt. Hier können Verwaltung, Polizei und ADFC zusammenspielen. Ein erstes Projekt dieser Art wurde in herausragender Qualität an der Millrather Grundschule durchgeführt. Unter Förderung und Beteiligung durch die *BmU* - da die Stadt (CDU/FDP) eine Förderung ablehnte!
Ein von der *BmU* beantragter Erkrather Schülerkalender wurde von CDU/FDP ohne die Nennung eines Grundes abgelehnt. Er spricht typische Probleme an und soll dazu beitragen sie zu lösen, beispielsweise durch Nennung von Ansprechpartnern. Einige der Themen sind Eltern-Kind-Konflikte, schulische Konflikte, Drogen, Gewalt, Mobbing. Mit neuen Mehrheiten nach der Kommunalwahl soll der Erkrather Schülerkalender umgesetzt werden.
Die Schaffung von Schulmensen ist von der Stadt beschlossen und selbstverständliche Komponente eines gelungenen Ganztagsangebotes.

Die *BmU* hat seinerzeit das **fifty/fifty-Modell** in Schulen als Anreiz zum ökologischen und sparsamen Umgang mit Energie angeregt. Es wurde nie erfolgreich umgesetzt. Mit neuen Mehrheiten kann hier ein neuer Anlauf gemacht werden.

Nachdem die *BmU* die integrativen Kindergärten unterstützt hat, würden wir verstärkte Bemühungen zur **Integration** behinderter Schülerinnen und Schüler in den Regelunterricht begrüßen.

Auch bei der Bildung kann im Sinne der *BmU*-Grundidee, der **Bündelung von Ehrenamt, Unternehmerschaft und Verwaltung**, eine Steigerung erzielt werden. Vorbild könnte das Almöhi-Projekt in Hilden sein (Alternative Lernmöglichkeit Hilden), bei welchem ehrenamtliche Dozenten (oft in Rente oder Pension; z.T. auch arbeitslose Menschen) ihr Wissen und Können ehrenamtlich in den Dienst der Schule stellen.

Der Ganzttag an den Schulen bietet vielfältige Möglichkeiten, um Vereinsarbeit zu integrieren, darüber hinaus die Angebote der Sternwarte, des Naturschutzzentrums Bruchhausen und vieles mehr.

Trotz der großen Chancen des Ganztages sollten die Schulen nach dem Prinzip vorgehen: So viel Ganzttag wie nötig, so viel Familienleben wie möglich. Und im Rahmen der Ganztagsangebote sollten sie individuelle Spielräume offen halten.

Die sinkenden Schülerzahlen in manchen Schultypen und Stadtteilen müssen Konsequenzen bei der Schulentwicklungsplanung haben und werden voraussichtlich in einigen Fällen zu Schulzusammenlegungen führen.

Die von der *BmU* beantragte Einrichtung des Jugendrates war zunächst lange von verschiedenen Ratsmehrheiten abgelehnt worden. Nun ist der **Jugendrat** seit einigen Jahren eine gute Möglichkeit der Mitbestimmung, bei der wir uns vorstellen können, dass der Jugendrat sich noch stärker in die Meinungsbildung des Rates einbringt.

Auch das Anbieten von Sprayerflächen (schönes Beispiel: Unterführung Rosenhof – Hochdahler Markt), auf welchen der gekonnte Gestaltungswillen Jugendlicher sich legal ausdrücken kann, ist eine 20 Jahre alte Forderung der *BmU*.

Die *BmU* begrüßt die **Jugendarbeit** des Jugendamtes, der Kompetenzagentur, der Jugendcafés, der Vereine, der Kirchen und Vieles mehr. Insbesondere die vielfältigen pädagogischen und sozialen Angebote des TSV im Bürgerhaus sind vorbildhaft. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn sich offene Jugendangebote mehr auf das Wochenende konzentrieren könnten.

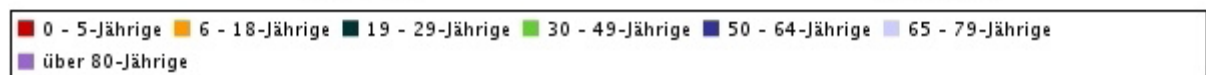
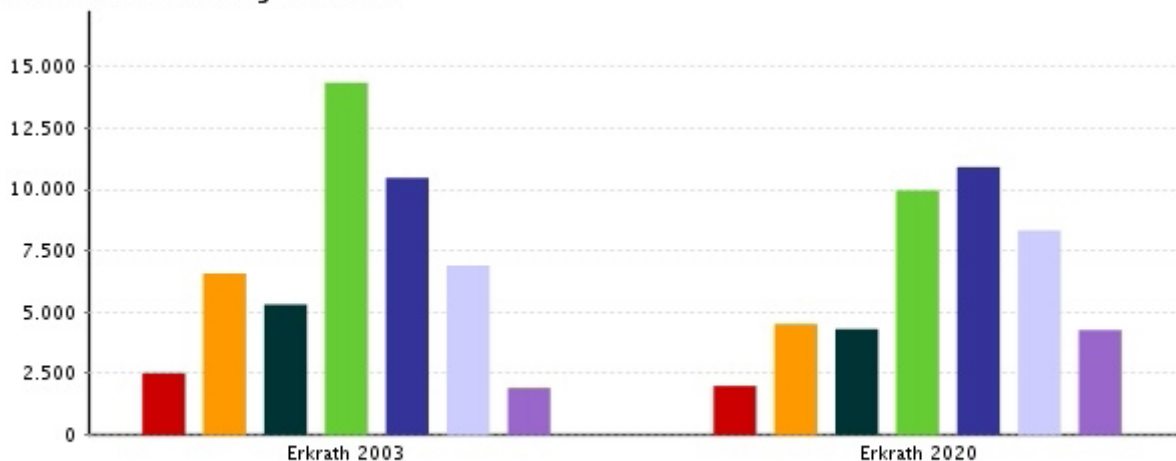
Die *BmU* verzichtet auf wahltaktischen Aktionismus wie die Forderung nach mehr Jugendcafés. Den Verantwortlichen der etablierten Parteien sollte eigentlich klar sein, dass derlei Versprechungen schon aufgrund der finanziellen Lage sehr heikel sind. Es ist sogar zu befürchten, dass die marode Haushaltspolitik wieder als Grund dafür herhalten muss, bei bestehenden Jugendangeboten den Rotstift anzusetzen!

Die *BmU* unterstützt jede lohnenswerte Jugendarbeit und sieht darin eine wichtige Investition in die Stadt und ihre Bürger. Der Erhalt der bestehenden Angebote hat daher für uns klare Priorität. Die Erkrathkarte soll der Anreiz sein, noch mehr ehrenamtliches Engagement auch auf die Jugendarbeit zu lenken.

Ansonsten sehen wir im Ausbau der Ganztagschulen und der Kleinkinderbetreuung, im Erhalt einer lebenswerten und grünen Stadt, im Stopp und Abbau der städtischen Schulden und in der Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes die zukunftsorientierte Politik für die Kinder und Jugendlichen in Erkrath.

Älter werden in Erkrath¹

Altersstrukturentwicklung 2003-2020



Wesentliche Elemente unserer Politik für eine Stadt der Generationen finden Sie in unserem **Programm Erkrath 2020**. Wir wollen eine Stadt der Nachbarschaften für alle Generationen. Nur im Zusammenleben und der **gegenseitigen Unterstützung der verschiedenen Generationen**² kann in einer Zeit, in der die Leistungsfähigkeit des Staates schrumpft, Lebensqualität erhalten und gesteigert werden. Hier schildern wir exemplarische Beispiele unserer Politik für die älteren Generationen. Teil unsere Programms Erkrath 2020 ist auch die Reaktivierung der Subzentren und die Verbesserung des Dienstleistungsangebotes für älter werdende Menschen.

X Mobilität erhalten. Seit vielen Jahren setzen wir uns unermüdlich für ein **pünktliches, sauberes, sicheres Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr** ein. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (eine Zweckverbandsversammlung, derzeit mit CDU-Mehrheit geführt) hat völlig versagt, für ein **modernes, leistungsfähiges System zu sorgen**. Stattdessen wurden wir mit nicht gehaltenen Versprechungen vertröstet.

Dennoch steigen die Preise für Verbraucher und die Stadt Erkrath!

X Wir setzen uns für die Verstärkung des Nahverkehrs durch den Bürgerbus ein. Hier wird exemplarisch gezeigt, wie man in Zeiten knapper Finanzmittel die Lebensqualität steigern kann: Bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement paart sich mit Verwaltungsunterstützung. An **Unterstützung durch die CDU mangelte es hier bisher leider**. Mit dem Bürgerbus kann es endlich eine Verbindung zum Bahnhof Erkrath-Nord geben, der attraktivsten Zugverbindung nach Düsseldorf. Auch die wollte die CDU in Erkrath ursprünglich verhindern.

X In den Fußgängerzonen wollen wir regeln, dass gehbehinderte Menschen mit Einkaufsgut auch in der **Fußgängerzone Bahnstraße** von einem Taxi abgeholt werden können.

X Wir haben 2008 zunächst gegen den Widerstand aller Parteien, dann 2009 gegen den Widerstand von SPD und Bündnis90/Die Grünen, eine Verstärkung des Ordnungsdienstes um drei Kräfte durchgesetzt. Diese Ordnungsdienstmitarbeiter sollen auch in der Nacht eingesetzt werden. Schon vor 14 Jahren haben wir den kriminalpräventiven Rat in Erkrath beantragt und durchgesetzt.

X Die Aktion Noteingänge geht ebenfalls **auf einen Antrag der BmU** zurück. Wo man in Erkrath das rot-weiße Schild mit der Aufschrift „Noteingang“ findet, ist ein Ort, an dem Menschen in Schwierigkeiten geholfen wird.

X Wir haben viele Anstrengungen unternommen, das Leben in Erkrath bezahlbar zu halten. Exemplarisch sei **die Aktion für gerechte Fernwärmepreise** genannt. Ein Anliegen, über das

¹ Grafik aus: Bertelsmann Stiftung: Demographiebericht Kommune Erkrath, S. 5
www.wegweiser-kommune.de

² <http://www.sozialplanung-senioren.de/das-instrument/i-allgemeine-einfuehrung/index.html>

Bürgermeister Werner und die Fraktionen von CDU, SPD und FDP im Rat zu Anfang noch nicht einmal reden wollten.

X Immer wieder haben wir uns auch mit praktikablen Lösungen für Mülltonnen beschäftigt. Wir haben uns immer schon für das Angebot kleiner Mülltonnenvolumen für einzeln lebende Menschen eingesetzt. Die Ermittlung der Kosten einer Müllabfuhr in Eigenregie, wie sie in vielen Städten günstiger als bei Vergabe an Privatunternehmern eingesetzt wird, scheiterte an der CDU/FDP.

Es wäre dann auch möglich gewesen, für eine leicht höhere Gebühr (Schnitt 2 € pro Leerung) die Tonnen von den Müllwerkern aus dem Keller abzuholen und entleert dort wieder abstellen zu lassen. Diese Erleichterung für ältere und gesundheitlich eingeschränkte Menschen haben CDU/FDP **verhindert**.

X CDU/FDP haben gerechte Abwassergebühren verhindert, indem sie Gebühren so ausgelegt en, dass vor allem Gewerbegebiete subventioniert wurden: durch die Gebührenzahler im Geschosswohnungsbau und durch Familien!

Die *BmU* war gegen diese Ungerechtigkeit, die zudem die Falschen belastet!

X Die FDP hat unserem

Stadtentwicklungskonzept im Juni 2009 in der Planungsausschusssitzung vorgeworfen, die *BmU* wolle: „Erkrath zu einem Altersheim verkommen“ lassen. Altersheime sind nicht grundsätzlich „verkommen“ und die Erkrather FDP verkennt völlig, dass die ältere Generation in Zukunft immer aktiver im Ehrenamt tätig sein muss, wenn wir die Lebensqualität in Erkrath bewahren und steigern wollen. Zur Förderung des Ehrenamtes in Erkrath wollen wir die

Erkrathkarte einführen, ein Bonussystem für Menschen jeden Alters, die sich in Erkrath in Vereinen, Kirchen oder in Eigeninitiative ehrenamtlich einbringen. Wie wäre es zum Beispiel mit Hausaufgabenbetreuung im Rahmen der Erkrather Ganztagschulen oder der Tätigkeit als Lesepate in Kindergärten? Die aktive Einbeziehung der Generationen 50+ in das Leben unserer Stadt wird zur entscheidenden Qualitätsfrage der Zukunft Erkraths als gesuchter Wohnort werden!

X weitere Initiativen der Unabhängigen in Erkrath wie im Kreis Mettmann (UWG-ME) finden Sie unter:

http://www.bmu-erkrath.de/Familie_Jugend_Soziales/Senioren/Senioren.html



Kultur und Sport

Die Grundidee der *BmU*, die **Bündelung von Ehrenamt, Unternehmerschaft und Verwaltung** hat auch hier Priorität. Umso mehr, da Ideenreichtum und Einsatzfreude gerade für Kultur schaffende und Sport treibende typisch ist.

Die Mittel aus dem Konjunkturpaket ermöglichten es, erste Verbesserungen im Immobilienmanagement der Schulen vorzunehmen. Eine personelle Verstärkung ist aber notwendig, um allein die Substanz zu erhalten.

Die Erkrather Kulturlandschaft ist vielfältig. Stichworte hier sind Lokschuppen, Stellarium, Lientheater, Jugendmusikschule, Ausstellungen von Künstlern, Lesungen oder das Trillser Straßenfest. Daher soll die Kulturförderung auch die Kompetenzen und Talente Erkraths in den Mittelpunkt stellen. Das dürfen keine leeren Worte bleiben sondern muss auf der Verwaltungsseite konkret umgesetzt werden.

Ohne Drittmittel auch für die Betriebskosten sehen wir angesichts der städtischen Haushaltslage ehrlicherweise keine Möglichkeiten, zusätzliche Sportanlagen bei sinkender Bevölkerungszahl zu finanzieren. Priorität haben die Substanzerhaltung und der Ausbau der vorhandenen Anlagen.

Die Städtepartnerschaften haben nicht mehr die überragende Bedeutung wie in vergangenen Jahrzehnten. Die Kosten für die Partnerschaftsbesuche der „Offiziellen“ können eingespart werden; die Lebendigkeit der Partnerschaften kann den Vereinen und Initiativen überlassen werden. Denn dies setzen sie seit Jahren ohnehin erfolgreich um.

Zur Kultur gehören für uns vor allem die sinnstiftenden Religionsgemeinschaften, wie wir sie z.B. im segensreichen Wirken der Erkrather christlichen Kirchengemeinden vorfinden. Wir suchen den Dialog mit allen Religionsgemeinschaften, um unterstützend und helfend zu wirken, wo wir es vermögen.

Den Hochdahler Schützen wurden in der Vergangenheit wiederholt von einigen Parteien unhaltbare Versprechungen gemacht. Unsere Vorstellung einer „Straßenkirmes“ auf der Sedentaler Straße steht nach wie vor zur Diskussion.

Die Volkshochschule soll sich auf berufliche Qualifikationsmaßnahmen in einem schwieriger werdenden Umfeld konzentrieren.

Verkehrsprobleme in den Griff bekommen

Seit 20 Jahren arbeitet die *BmU* mit den Bürgerinnen und Bürgern an der Lösung des Lärmproblems in der Nähe unserer **Autobahnen**. Wir haben dazu einen vierseitigen Rückblick ins **Internet** gestellt.

Da die Verantwortung für den Lärmschutz bei der jeweiligen Landes- und Bundesregierung liegt, unterstützen die *BmU* die Lärmschutzinitiative „echt-laut-hier“ aktiv, zum Beispiel durch Unterschriftensammlungen. Es ist aber unglaublich, wenn die CDU/FDP vor den Wählkämpfen immer wieder Schutz vor dem Autobahnlärm fordert, selber auf den innerstädtischen Straßen (Max-Planck-Straße) genau so gesundheitsschädlichem Lärm nicht entgegenwirkt.

Leider hat es die Mehrheit des Stadtrates versäumt, einen **Lärmaktionsplan** für ganz Erkrath aufzustellen. Wir unterstützen die Bürgerinitiativen **Max-Planck-Straße** und IG-Erkrath, deren

Ziel Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung an der Sandheider Straße und der Max-Planck-Straße sind.

Hier gehört ganztags Tempo 30 angeordnet und die LKWs gehören aus der Wohnstraße Max-Planck-Straße herausgehalten. Ähnliche Anträge (Querungshilfen, Tempo 30) haben wir bereits vor vielen Jahren für die Neander- und Beethovenstraße gestellt. Diese sind aber am Landesbetrieb Straßen gescheitert, der eigentlich in der Verantwortung ist, den Lärmschutz hier zu gewährleisten. Die *BmU* hat die Anregung in Erkrath eingebracht, den lärmindernden „Düsseldorfer Asphalt“ auch in Erkrath (L 403 u.a.) anzuwenden.

Wir unterstützen auch die Anlieger der Fuhlrottstraße, durch Querungshilfen den Verkehrslärm zu mildern.

Wir setzen uns dafür ein, dass der nächtliche Schienenverkehr in seiner Geräusentwicklung im Siedlungsbereich gemildert wird. Hier sind die Schienen noch nicht wie im Außenbereich neu verlegt worden.

Dem Lärm durch unbefugte Benutzung der Bahnstraße soll zunächst ordnungsbehördlich begegnet werden.

Die **Planstraße in Alt-Erkrath** (Verlängerung Hochdahler Straße bis zur Schlüterstraße) würde erhebliche Umwege vermeiden helfen und das schlimmste Verkehrsnadelöhr Erkraths (Kreuzstr./Beethovenstr./Neanderstr./Bachstr.) entlasten. Die Planstraße, für deren Fortschritt die *BmU* sich immer wieder durch Anträge eingesetzt hat, würde eine wesentliche und notwendige Infrastrukturverbesserung in Alt-Erkrath bedeuten.

Bei der Aktion Störmelder hat die *BmU* weit über 1000 Zugverbindungen auf ihre **Pünktlichkeit** hin untersucht und erhebliche Abweichungen von den offiziellen Zahlen festgestellt. Die CDU-Mehrheit in der Verbandsversammlung hat versagt, für eine ausreichende Beförderungsqualität (Pünktlichkeit, Sicherheit, Sauberkeit) zu sorgen. Vor Gericht hat sich gezeigt, dass die geschlossenen Verträge mit der DB erhebliche, jahrelange Minderleistungen ohne einschneidende Konsequenzen ermöglichten.

Die CDU hat zu verantworten, dass auf die Gemeinden nach den Wahlen eine Vervielfachung(!) der Zwangszahlungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zukommt, dass die **Fahrpreise** für den Kunden steigen und die DB, die für über 10 Jahren Minderleistung auf der S 8 verantwortlich ist, eine Laufzeitverlängerung bis 2023 bekommt.

Bei der zu erwartenden Umstellung der S-Bahn-Fahrpläne muss darauf geachtet werden, dass die **Anschlüsse** der Busse (O5 und O6) zuverlässiger funktionieren. Dass das Neanderbad am Wochenende nur stündlich bedient wird, ist unzureichend. Auch daran zeigt sich, dass hier der falsche Standort für das Bad gewählt wurde.



Nach Vorstellung der *BmU* wäre die L 403 in Tunnellage gebaut worden. Jeder, der die Trasse (Foto) heute sieht, fragt sich, warum damals der „Deckel“ politisch nicht möglich war. Der langjährige, verzögernde Rechtsstreit hätte damit vermieden werden können, Lärm für die Anlieger wäre vermieden worden.

Und nun kommt auf die Anlieger der **Hauptstraße** nach Jahren des Lärms eine möglicherweise kostenträchtige (Erschließungskosten) Grunderneuerung der Straße zu. Die *BmU* wird mit ihrer reichhaltigen Erfahrung in diesen Fragen die Bürgerinnen und Bürger beraten.

Das S-Bahn-nahe Einkaufszentrum in Alt-Hochdahl muss konzeptionell unterstützt werden.

Besonders unterstützt die *BmU* die Idee des Bürgerbusvereins. Diese Idee ist exemplarisch für das Miteinander von bürgerschaftlichem Engagement und Unterstützung durch die Verwaltung und den Rat. An Letzterer mangelte es leider in der Vergangenheit immer wieder.

Sicherheit / Kriminalität in Erkrath

Die *BmU* hat seit 1993 Anträge zur **Korruptionsvorbeugung** gestellt. Das wurde zunächst von den Parteien und der Presse geschlossen und heftig abgelehnt. Unseren letzten Antrag zur Erstellung eines Korruptionskatasters haben wir Ende 2006 gestellt. Bis heute (20.06.09!) liegt es dem Rat nicht vor. Trotz gegenteiliger Versprechungen des Bürgermeisters Werner. Da wird im Rathaus zu wenig getan und dies auch noch zu langsam. CDU/FDP haben den *BmU*-Antrag abgelehnt, dass Erkrath, wie z.B. Hilden, Mitglied bei Transparency International, der renommiertesten nichtstaatlichen Anti-Korruptionsbewegung wird.

Hauptrisikofaktor für die Gesundheit unserer Bevölkerung ist die **CO-Pipeline**. Die *BmU* hat alles im Stadtrat getan, was einer Kommunalvertretung möglich ist, um die Pipeline zu verhindern. Außerhalb des Rates hat die *BmU* zusätzlich nach Kräften **Wolfgang Cüppers** den Vorsitzenden der **IG Erkrath** bei seinem unermüdlichen Kampf unterstützt. Wir halfen ihm bei seiner Organisation der großen Demonstrationen in Düsseldorf und Erkrath sowie bei seiner Errichtung der Mahnwachen.



Die Parteien haben versagt, den Bürgerwillen im Landtag durchzusetzen und das Enteignungsgesetz zu kippen, das von allen Parteien im Landtag verabschiedet worden war. Viele der Unterstützungsunterschriften hat die *BmU* gesammelt. Auch die UWG-ME hat im Kreistag gegen die Pipeline gearbeitet.

Seit vielen Jahren hat die *BmU* für ein sicheres Erkrath gekämpft. Die Bildung des kriminalpräventiven Rates der Stadt Erkrath geht auf einen Antrag der *BmU* zurück. Immer wieder hat die *BmU* auf die **Notwendigkeit** aufmerksam gemacht, dass der städtische Ordnungsdienst auch in der Nacht städtische Liegenschaften aufsuchen muss, das sind Schulen, Schulhöfe, Spielplätze, Parkplätze und Grünzüge. 2008 fand diese Bitte der *BmU* bei Bürgermeister Werner und der CDU keine Unterstützung. Erst 2009 wurden nun endlich drei Mitarbeiter eingestellt, die den Ordnungsdienst der Stadt verstärken. SPD und B'90/Die Grünen haben dieses Plus an Sicherheit abgelehnt. Warum ausgerechnet die SPD besonders häufig im Stadtteil Sandheide über Mängel in der Sicherheit und Ordnung klagt, bleibt daher rätselhaft. Missstände gehören nicht nur in der Zeitung beklagt – man muss Konsequenzen ziehen!

Aus der Anregung der *BmU*, in Erkrath das Projekt **Kindernotinseln** umzusetzen, wurde das Projekt Noteingang. Es bietet Bürgern in Not, vor allem aber Kindern, Zufluchtmöglichkeiten. Geschäfte und andere öffentlich gut zugängliche geeignete Einrichtungen machen durch ein Noteingangsschild an der Tür kenntlich, dass Menschen in Not hier Hilfe bekommen.

Die *BmU* hat zusammen mit der Polizei ein Merkblatt verteilt, das **Empfehlungen** im Falle eines Einbruchs ausspricht.

Ein **Schulwegeplan** nach dem Vorbild der Stadt Marl, angeregt vom ADFC, soll die Stadt für Kinder sicherer und erlebbarer machen. Der Antrag der *BmU* wurde von der CDU abgelehnt. Nun hat sich unter Beteiligung von Gerd Paulus (*BmU*) eine Gruppe aus ADFC, Polizei und Mitarbeitern der Stadtverwaltung an der Grundschule Millrath gebildet. Unter pädagogischer Führung der Schule wurde ein erster von Kindern für Kinder erstellter Schulwegeplan für Millrath erstellt. Die *BmU* will dieses Angebot als Modell auf alle Grundschulen ausdehnen.

Zur Bekämpfung der immer mal wieder auftretenden Rattenplage berät die *BmU* die Bevölkerung in einem **Merkblatt**.

Einkaufen in Erkrath

Zur Stärkung des Einzelhandelsstandortes Alt-Erkrath plant die *BmU*, die Bongardstraße zur Einbahnstraße zu machen. So wird ein Teil der Straße zu einem zusätzlichen Parkplatz, der den Einkaufsstandort stärkt. Außerdem wird ein von Investoren geforderter großer Parkplatz im Bavierpark unnötig.

Vor allem die Entwicklung des Pose-Marre Geländes wird eine belebende Wirkung auf den Stadtteil haben. Das ist existenziell notwendig.

Handel und Gewerbe brauchen in der Stadtverwaltung einen „Kümmerer“.

CDU/FDP wollen den **Hochdahler Markt** neu pflastern. Das ist teuer für Anlieger und Stadtkasse. Deshalb haben *BmU*, SPD und Grüne eine preiswertere und gestalterisch ansprechendere Alternative vorgelegt. CDU/FDP lehnten ab auch nur zu prüfen, ob eine Sanierung möglich und günstiger ist. Übrigens hat es die Stadt versäumt rechtlich konkret zu regeln, wie hoch der von den Bürgern zu zahlende Anteil ist - trotz Aufforderung durch die *BmU*.

Wir unterstützen die Planungen am Subzentrum Sandheide, welche auf eine Idee von Edeltraut van Venrooy zurückgehen. Durchgesetzt hat die *BmU*, dass am Subzentrum eine **Bushaltestelle** eingerichtet wird.

Bei der Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes werden auch die dezentralen Einkaufszentren wie Alt-Hochdahl oder Millrath-Ost wieder belebt. Die Änderung der Bevölkerungsstruktur erfordert ortsnahe Dienstleistungen. Näheres dazu finden Sie im Stadtentwicklungskonzept der *BmU*. **Erkrath 2020**).



Nebenkosten in den Griff bekommen

Die *BmU* betreibt vielfältige Initiativen für den Verbraucherschutz.

Über 3500 Unterstützungsunterschriften sammelte die *BmU* zur Fernwärmeproblematik. Erst dann waren die Parteien bereit, sich damit zu befassen! Herausgekommen ist zwar nur ein Kompromiss, aber ohne die *BmU* wäre noch nicht mal dieser zustande gekommen!

Schon 1999 hat die Verwaltung auf Beschluss des Rates die ganze Stadt befliegen lassen, um bei allen Grundstücken den Anteil der Fläche zu ermitteln, der Regenwasser in die Kanalisation leitet. Das ganze kostete einen hohen sechsstelligen Betrag. Trotz dieser teuer gewonnen Erkenntnisse lehnte die CDU plötzlich die neue, gerechtere **Abwassergebühr** ab. 2007 wurde die CDU durch Gerichtsbeschluss gezwungen, endlich die gerechteren Abwassergebühren einzuführen. Bis dahin subventionierten vor allem Familien und Bewohner im mehrgeschossigen Wohnungsbau die von den Gewerbebetrieben verursachten Aufwendungen zur Klärung von Schmutz- und Regenwasser. Familienfreundlichkeit wird an dieser Stelle von CDU und FDP nur im Munde geführt. **Wenn es darauf ankommt, greifen sie vorzugsweise in die Tasche der Familien!**

Auch bei der **Müllentsorgung** wollte die *BmU* kostengünstigere Wege gehen. Allerdings lehnten CDU/FDP den Antrag ab, einmal berechnen zu lassen, wie teuer eine Müllabfuhr in städtischem Besitz im Vergleich mit einem Privatentsorger ist. Langenfeld (schuldenfrei) macht damit gute Erfahrungen und eine Reihe anderer Kommunen hat durch die Umstellung ihren Bürgern Geld gespart. In Erkrath: Fehlanzeige dank CDU und FDP. Bei kommunaler Entsorgung hätte man auch optional älteren oder kranken Einwohnern anbieten können, gegen eine Gebühr die vollen Tonnen aus dem Keller zur Entleerung zu holen und wieder zurückzustellen. Ein Service, der zunehmend nachgefragt wird. Ein modernes Tonnenidentifikationssystem zur rationellen Verwaltungsabwicklung lehnten CDU und FDP ebenso ab – auf Kosten des Gebührenzahlers.

Seit 1975 hat Bernhard Osterwind am Beispiel der Heinrich-Heine-Straße jahrzehntelang intensiv für **gerechte Erschließungskosten** gekämpft. Das ARD-Wirtschaftsmagazin plusminus interviewte Osterwind in dieser Angelegenheit. Basierend auf diesen langjährigen und detailreichen Erfahrungen hat die Stadt nun ein bürgerfreundlicheres Beteiligungssystem entwickelt.

Grobe Härten wie z.B. bei der Haaner Straße / Lily-Braun-Straße will die *BmU* künftig verhindern helfen.

So muss beispielsweise die obere Kattendahler Straße nach Verlegung der Stromleitungen in den Boden eine neue Teerdecke bekommen und parallel ein Fußweg angelegt werden, denn hier verläuft ein Schulweg. Ein Ausbau wäre wegen der hohen Erschließungskosten eine besondere Härte **und absolut sozial unverträglich**.



Finanzprobleme in den Griff bekommen

In den letzten 10 Jahren hat Erkrath seine Schulden fast verdoppelt, obwohl 2002 die Grundsteuer B von 360% auf 380% erhöht wurde.
2009 ist ein Defizit von ca. 13 Mio. € zu erwarten!

Fehlbeträge in den Haushalten der Stadt Erkrath

Haushaltsjahr	System	Betrag/Währung	Datenquelle
2008	Doppik	5.079.325,68 €	Jahresabschluss 2008
2007	Kameral	0,00	Rechenschaftsbericht 2007
2006	Kameral	181.599,39 €	Rechenschaftsbericht 2006
2005	Kameral	4.583.437,51 €	Jahresrechnung 2005
2004	Kameral	196.044,19 €	Rechenschaftsbericht 2004
2003	Kameral	2.836.743,04 €	Jahresrechnung 2003
2002	Kameral	0,00 €	Rechenschaftsbericht 2002
2001	Kameral	9.243.689,70 €	Jahresrechnung 2001
2000	Kameral	0,00 DM	Jahresrechnung 2000
1999	Kameral	0,00 DM	Jahresrechnung 1999
1998	Kameral	7.992.677,63	Jahresrechnung 1998
1997	Kameral	8.606.491,66 DM	Jahresrechnung 1997
1996	Kameral	5.856.175,42 DM	Jahresrechnung 1996
1995	Kameral	3.918.056,85 DM	Jahresrechnung 1995

Schon vor der Finanzkrise, die zur Wirtschaftskrise wurde, haben wir im Jahr 2008 ein Minus von 5,1 Mio. € eingefahren. Ein vergleichsweise sogar mildes Ergebnis, denn 2008 sind 8,7 Mio. € Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen gewesen. Die kreisangehörigen Städte zahlen für den Haushalt 2009 die stolze Summe von 290,5 Mio. €. Das ist eine Steigerung um 16,3 Mio. €. Bei sinkenden Einnahmen der Städte eine fatale Schere, die dort auseinander geht. Auch der Kreis zahlt Umlagen an den Landschaftsverband: mit 110 Mio. € ist 2009 ein neuer Rekord aufgestellt worden. Der Ausgleichsrücklage müssen weitere 13 Mio. € entnommen werden. Am Ende des Jahres 2009 haben wir nur noch 6 Mio. € in der Ausgleichsrücklage. Für 2010 reicht die Ausgleichsrücklage nicht mehr aus. Wir müssen ab 2010 in Erkrath ein Haushaltssicherungskonzept haben, damit die Stadt nicht mit immer höherem Tempo ihre wirtschaftliche Substanz verzehrt. Das heißt, alle Ausgaben stehen unter dem Finanzvorbehalt. Wir können freiwillige Ausgaben erst tätigen, wenn sie noch dringender sind als die finanzielle Zukunftssicherung unserer Stadt. Schulen von heute sind das soziale Elend von Morgen!

Hauptursache der Kommunalverschuldung ist das Versagen der Parteien, die Mindestbedürfnisse der Städte „nach oben“ in Land und Bund durchzusetzen. Stattdessen haben die Kommunalhaushalte Aufgaben von Land und Bund übertragen bekommen – und sei es auch nur indirekt über die Kreisumlage – und diese nicht gegenfinanziert bekommen. Das geht nun seit Jahrzehnten so. Mit dem Konjunkturpaket bekommen wir nur einen Bruchteil davon zurück. Es ist schon grotesk, wenn wir feststellen müssen, dass die vom Kreis gewährten Leistungen der sozialen Sicherheit nach SGB XII, das Pflegewohngeld sowie die Zuweisungen für laufende Zwecke Dritter um 8,8 Mio. € steigen, während die Kostenerstattung im Bereich des SGB XII mal gerade 1,2 Mio. € ausmacht.

Weitere Beispiele sind die Finanzierung der Kompetenzagenturen sowie die Pauschalierung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft bei SGB II - Hilfen. Verschärft wird das Problem durch Erhöhung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften als Folge der Wirtschaftskrise. Allein 0,6 Mio. € Mehrausgaben hat der Kreis durch Übernahme der Elterngeldanträge und der Schwerbehindertenanträge vom Land zu verkraften. Über 200 neue Aufgaben wurden in den letzten zwei Jahren den Kommunen aufgelastet, ohne dass dies finanziell kompensiert wird.

Ein weiteres Beispiel für kaum zu tragende Mehrbelastungen: Das Land beschließt das G8, die Verkürzung der Gymnasialzeit. Aber die nun wegen des Ganztagsbetriebes notwendigen Mensen müssen die Kommunen gefälligst selber finanzieren. Das Land spendet bloß sein übliches Almosen dafür.

Die Anschaffung von Active-Boards ist eigentlich Standard für das Lernen in einer multimedialen Gesellschaft, kann aber zurzeit nicht für alle Klassenzimmer finanziert werden.



Die CDU ist die Mehrheitsfraktion in der Verbandsversammlung des VRR. Dort wurde ohne Ausschreibung mit der DB-Regio ein so schlechter Vertrag geschlossen, dass die jahrelangen Minderleistungen von DB-Regio weder zu

angemessenen Pönalien noch zur erfolgreichen Kündigung führten und wir bis 2018 an diesen mangelhaften Dienstleister gekettet sind. Der Verkehrsminister der CDU schlug sich im Konflikt sogar auf die Seite von DB-Regio.

Zusätzlich zur jahrzehntelangen Minderleistung der DB-Regio führte das Koch-Steinbrück-Papier zu Mindereinnahmen für den ÖPNV in Höhe von 520 Mio. €. Und wer muss die Zeche zahlen? Natürlich die vollkommen Unschuldigen am Ende der Kette: Seit 2005 ist der Fahrpreis im VRR um mehr als 15% gestiegen und die Kommunen werden ein Vielfaches der bisherigen SPNV-Umlage zahlen müssen. Die neueste Preiserhöhung ist zum 1.8.2009! Ganz zu schweigen davon, dass ein attraktiver Nahverkehr gerade für Erkrath ein unverzichtbarer Standortfaktor ist.

Der Konsolidierungsbedarf 2010 bis 2013 wird alles in den Schatten stellen, was wir bisher erlebt haben.

Mit der Einführung von NKF (Neue Kommunale Finanzverwaltung) ist nicht nur irgendeiner Formalie Rechnung getragen worden. Die Hauptaufgabe liegt nun darin, dass die Kostentransparenz auch zum Umsteuern genutzt wird. NKF ohne Anpassung der Verwaltungssteuerung und neuer Steuerungsstruktur läuft leer. Die Zusammenführung von Fach- und Finanzverantwortung ist die Voraussetzung für eine wirksame dezentrale Verantwortung. Die Nutzung doppischer Informationen zur Umsteuerung braucht Verlagerung der Führung auf alle Verwaltungsebenen. Wir brauchen nun eine Konzentration auf steuerungs- und nutzerrelevante Kennzahlen – keine Zahlenfriedhöfe, keine überperfektionierte Produkt-Bürokratie, in deren Wüste man kaum noch Oasen findet. Wir sollten auch als Rat Leistungskontrakte mit den dezentralen Einheiten und damit beidseitiges Einüben von Kontraktmanagement ernsthaft erproben und Verbesserungsziele als Gegenstand der Kontrakte definieren.

Das heißt auf der anderen Seite auch, dass wir mit mehr Abstand steuern sollten und uns in Verzicht auf laufende Einzeleingriffe üben sollten. In einer komplexer werdenden Welt eigentlich für Kommunalpolitik im Ehrenamt unverzichtbar.

Ein System von Leistungskennzahlen sorgt für die erforderliche Messbarkeit. Neben dem Sanktionsgedanken, der in der Messbarkeit enthalten ist, sollten auch deutliche „Belohnungsansätze“ eingeführt werden.

Alle Parteien haben geschlossen den *BmU*-Vorschlag abgelehnt, dass der Rat an sich selber spart und den Rat um zwei Sitze verkleinert. Hilden spart so 48.000 € in der folgenden Amtsperiode ein.

Richtig peinlich ist, dass wir im Umlageverband BRW (Bergisch-Rheinischer Wasserverband) 2,25 Mio. € Verlust durch Zinsspekulationen zu verzeichnen haben. D.h., dass öffentliche Gelder durch Wetten verzockt worden sind! Wer vertritt Erkrath im BRW? Bürgermeister

Werner, der aber nicht regelmäßig dort anwesend war und sich vertreten ließ. Alle Parteien haben den Bürgermeister danach in dieses dafür verantwortliche Vorstandsamt wiedergewählt, obwohl man bei diesem und anderen Mandaten die Frage stellen sollte, ob man die Interessen der Stadt nicht lieber von Fachleuten mit ausreichend Zeit vertreten lassen sollte.

Im November 2004 hat die CDU im Aufsichtsrat Stadtwerke gegen die *BmU* das Stimmrecht der Arbeitnehmer abgeschafft. Nur um die eigene Mehrheit dort durchzusetzen.

Als einzige Fraktion hat die *BmU* den Vorschlag der Stadtverwaltung unterstützt, die Gebühren für die Benutzung von Stadthalle und Bürgerhaus anzuheben.

Die bisher erhobenen Gebühren von z.B. 265,00 € für das Bürgerhaus decken kaum mehr als die Hälfte der Kosten der Stadt an einem Veranstaltungsabend für Personal, Reinigung und Haustechnik (ca. 500 €). CDU, SPD, Grüne und FDP finden das richtig.

Wenn jemand das Bürgerhaus oder die Stadthalle nicht mietet, macht die Stadt ein geringeres Defizit als bei einer Nutzung, z.B. für eine Hochzeit. Hier legen alle Erkratherinnen und Erkrather ein Geschenk oben drauf: ihr Steuergeld.

Der Rat ist im Großen (Hochdahler Markt) wie im Kleinen (Bürgerhausmiete) nicht bereit, solide Finanzpolitik für morgen zu machen.

Was lernen wir daraus?

Wahlkampf und Populismus ist den Parteien wichtiger, als eine Linie in die Finanzpolitik der Stadt zu bekommen. Völlig unabsehbar ist die Finanzierung weiterer Sportstätten wie der Bau zusätzlicher Turnhallen, Senioren-Freizeitflächen und was es noch mehr an Wahlversprechungen der Parteien gibt. Zusätzliche Anlagen müssen von Dritten finanziert werden. Auch die Folgekosten.

Mangelhaft ist die interkommunale Zusammenarbeit. Hier liegt ein großes Rationalisierungspotenzial, wenn die beteiligten Städte und der Kreis bereit sind, eigene Gewohnheiten auf den Prüfstand zu stellen. Beispiele sind die Bauhöfe, VHS, Musikschulen und die Zusammenarbeit in der Rechnungsprüfung.

Vorlage 234/2008 zeigt umfassend den *BmU* - Antrag zur Verhinderung frühkindlicher Entwicklungsverzögerungen und Verstärkung der Erziehungsberatung auf. Die mangelhafte Integration junger Menschen in die Arbeitswelt verursacht ganz erhebliche gesellschaftliche Folgekosten. Durch grundlegende bildungspolitische Weichenstellungen könnten für die Jahre 2007 bis 2015 insgesamt 13,4 Milliarden Euro an direkten und 15,9 Milliarden Euro an indirekten Kosten bei der Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung eingespart werden. Hinzu kämen Wertschöpfungspotenziale durch den nachträglichen Erwerb von Berufsabschlüssen von gering qualifizierten Arbeitnehmern in Höhe von 21,5 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln erstellt wurde. Aber auch hier die alte Problematik: Was wir säen, das ernten wir nicht. Gefängnisse sind Ländersache.

Die Fehlbelegerabgabe wegen einer zu geringen Zahl behinderter Beschäftigter sollte ein Fingerzeig sein, unserer Verantwortung als Stadt gerecht zu werden und mehr schwerbehinderte Menschen in unsere Verwaltung zu integrieren.

Es wurde gegen unseren Rat versäumt, rechtzeitig die Stiftung des Naturschutzzentrums so mit Kapital auszustatten, dass sie nicht zum Gegenstand der Sparzwänge des Haushaltssicherungskonzeptes werden kann.

Man muss gerade in der Finanznot die Bürger über die Situation aufklären und die bürgerschaftlichen Kräfte aktivieren. Das gelingt nur, wenn man die getroffenen Maßnahmen gut begründen kann und die Bürger merken, dass ihr Einsatz sich lohnt.

Auf Antrag der *BmU* hat die Stadt zur **öffentlichen Diskussion über den städtischen Haushaltsplan** am 05.02.2009 in die Stadthalle eingeladen. Das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ämter des Rathauses, der Amtsleiter und des Kämmerers Schiefer war bemerkenswert. Hier zeigte sich, dass die Erkrather Verwaltung nicht vom Amtsschimmel beherrscht wird. Jede Bürgerin und jeder Bürger konnte einen Ansprechpartner

für seine Anregung finden. Anregungen konnten schriftlich abgegeben werden und wurden zahlreich dem Stadtrat vorgelegt. Der ganz überwiegende Teil der Bürgeranregungen waren Einsparungsvorschläge.

Mehr oder weniger unbegründet verwarfen CDU/FDP Erkraths ausnahmslos alle Anregungen aus der interessierten Bürgerschaft.

Das ist dieselbe Behandlung, die den Anregungen und Vorschlägen von *BmU*, Grünen und SPD in den letzten 10 Jahren zuteil wurde. Aus Sicht von CDU/FDP kann der Bürger sich also seine Ideen und Ratschläge sparen: Bürgerbeteiligung unerwünscht.

Die Alterung der Erkrather Bevölkerung hat auch mittelbar deutliche Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Das betrifft die Einnahmen- wie die Ausgabenseite und die Gebührenhaushalte. Angesichts drastisch sinkender Bevölkerungszahlen in Erkrath neuen Wohnraum zu schaffen, bedarf besonders plausibler Begründungen. Bis 2050 werden wir ca. 25 % weniger Einwohner haben. Das bedeutet, dass die Kosten für die heutige Infrastruktur, d.h. Straßen, Kanäle, Schulen, Kindergärten, Datennetze etc., 25 % weniger Menschen tragen müssen. Jeder Quadratmeter mehr versiegelte Fläche ist ein Quadratmeter mehr, für dessen Rückbau in der Zukunft Kosten anfallen. Neben diesem Infrastrukturkostenargument spricht für Flächensparen zusätzlich, dass die Inanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr auch die ökologischen Bodenfunktionen und die Landwirtschaft, die wir zunehmend brauchen, einschränkt.

In einer wachsenden Volkswirtschaft erweist sich die Konkurrenz der Kommunen um Unternehmen und Einwohner als hilfreich, weil sie jede Gemeinde motiviert, ihr Angebot bestmöglich und kostengünstig zu gestalten. In einer schrumpfenden Volkswirtschaft erweist sich diese Konkurrenz jedoch als fatal. Ein systematischer Rückbau von Ortsteilen wird erforderlich. Auch das muss finanziert werden.

In dieser Situation reduziert jede jetzt eingesparte Neuausweisung nicht nur zukünftige Kosten für die Infrastruktur, sondern auch für den Rückbau.

Der Erkrather Wirtschaft im Bestand, wie den ansiedlungswilligen Betrieben, muss in der Verwaltung ein „Kümmerer“ zur Seite gestellt werden, der die Bedürfnisse zeitnah umsetzt.

Zur Kommunalwahl 30.08.2009

Die CDU will in Erkrath alle Wahlkreise gewinnen; die SPD will die absolute Mehrheit gewinnen: das sind die Wahlziele, die in Zeitungen zu lesen waren.

Die FDP übt sich in Treue zur CDU ohne eigene Initiativen. Zur letzten Kommunalwahl trat die FDP mit der Programmatik an, die Stadtwerke zu verkaufen.

Mit CDU/FDP hat die *BmU* 10 Jahre vergeblich die Kommunikation gesucht. Auch die Bürgerbeteiligung wird bei CDU/FDP in der Praxis viel zu klein gehalten.

B'90/DieGrünen zeigen engagierte Kommunalpolitik, fordern darüber hinaus trotz der Finanzprobleme fast alles für fast alle.

Die SPD kehrt sich völlig von ihrer alten Politik ab und nähert sich der Zielvorstellung gesunder Finanzen. Sie kennt aber keine überzeugende Methode, dorthin zu kommen.

Selbstverständlich macht die *BmU* keine Koalitionsaussage, wenn alle möglichen „großen“ Partner öffentlich die Alleinregierung zum Ziel erklären. Die Erfahrungen zeigen aber, mit wem man in Erkrath wenigstens reden kann.

Immer stärker werden wir Unabhängigen für die Qualität der Erkrather Kommunalpolitik in die Pflicht genommen. Wer sonst sollte in Erkrath eine Mittlerfunktion zur Vernunft haben?

Stärken Sie uns mit ihrer Stimme, damit die Blöcke der beiden Rathauslager links oder rechts den Weg der Mitte noch finden.

Stärken Sie die Unabhängigen, gönnen Sie dem Rathaus mit Bernhard Osterwind einen unabhängigen Bürgermeister, wählen Sie gegen das Parteiengezänk an.

Damit mal durchgelüftet werden kann, **besser mit uns:**

Durchblicken!



Lassen Sie uns ihre Meinung wissen: Was können wir noch besser machen?

BmU e.V. Unabhängige Wählergemeinschaft für Erkrath

Bergstraße 13

40699 Erkrath

bmu@bmu-erkrath.de

02104 46506

www.bmu-erkrath.de